

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M. u. Anzugh. 4 M. viertel. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Sprr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensvert. d. Verb. Hamb. 11598
45. Jahrgang **Hamburg, 18. Juli 1931** Nummer 29

Aus unserm Jahrbuch für 1930

I.

In dem 164 Seiten umfassenden Jahrbuch unseres Verbandes für 1930 wird in der Einleitung gesagt: „In kaum einer andern Aufzeichnung werden sich so klar und treffend die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in einem bestimmten Zeitraum widerspiegeln wie in den Jahrbüchern der großen, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben beeinflussenden Organisationen.“ Wenn auch unser Verband keinen Anspruch darauf erheben kann, zu den Organisationen zu gehören, die das gesamte Getriebe der Wirtschaft wesentlich zu beeinflussen in der Lage sind, so war es doch stets das Bestreben des Verbandsvorstandes, den Funktionären des Verbandes im Jahrbuch gutes Material nicht nur über die Verhältnisse im Malergewerbe zu bieten, sondern auch einen Blick in die Gesamtwirtschaft und auf die damit oft zusammenhängenden politischen Vorgänge tun zu lassen, um sie damit in ihrer Arbeit und in ihrem Kampfe für die Verbesserung der Lebenslage der Kollegen zu unterstützen. In kurzen Strichen wird die Entwicklung der Gesamtwirtschaft seit dem Zusammenbruch 1918 aufgezeigt. Neben den Jahren einer guten Konjunktur, zum Beispiel 1925 und 1927, teils auch noch 1928, nimmt sich das Jahr 1930 besonders schlecht aus. Ein starkes Sinken der Gesamtförderung an Rohstoffen, eine Wenigerproduktion an Halb- und Fertigfabrikaten, ein starkes Nachlassen der Ausfuhr, allerdings in einem noch größeren Maße, ein Wachsen der Einfuhr, wodurch eine aktive Handelsbilanz von 1 1/2 Milliarden Mark ohne die Einbeziehung der Reparationsfachlieferungen herbeigeführt wurde, gibt dem Jahr 1930 das Gepräge.

Die Gewinnung von Kohlen und damit in Verbindung die Erzeugung von Eisen, Stahl, Roks und Gas ließ erheblich nach. Die Güterwagengestellung ging stark zurück, so daß der Einnahmeausfall aus dem gesunkenen Güterverkehr auf 800 Millionen Mark geschätzt wird. Auch das Ausliegen vieler sonst für Passagier- und Frachtförderung bestimmter Schiffe ließ den geringeren Umfang des Güterverkehrs erkennen.

Ein guter Maßstab für die gesunkene Produktion waren die in Deutschland vorhandenen Erwerbslosen. So betrug deren Zahl im Dezember 1929 1 774 571, im Dezember 1930 aber 2 165 737. Dies schon an sich trostlose Bild verschlechtert sich noch gewaltig, wenn man die Zahl der Krisenunterstützten hinzunimmt; denn es waren im Dezember 1929 210 240, im Dezember 1930 aber 667 001, ein Beweis dafür, daß die Arbeitslos gewordenen auf lange Zeit ohne Beschäftigung blieben und kaum noch die Hoffnung auf Wiedereinstellung beziehungsweise Wiedereingliederung in den Produktionsprozeß haben konnten.

Noch mehr als die andern Industrien und Gewerbe litt die Bauwirtschaft unter den Folgen der Krise. Allein für die Bautätigkeit der öffentlichen Hand wurde 1 Milliarde weniger als im Jahre 1929 ausgegeben. Insgesamt wurden 108 000 Bauten neu begonnen, während noch 129 128 100 angefangen waren. Da der allgemein schlechten Konjunktur wegen Private kaum noch Bauaufträge erteilten, war die Zahl der unbeschäftigten Bauarbeiter während des ganzen Jahres 1930 außerordentlich hoch. Das Daniederliegen der Bauwirtschaft brachte es mit sich, daß auch das Maler- und Lackierergewerbe weniger Aufträge hatte als 1929. Im Jahrbuch wird aber schon darauf hingewiesen, daß die schlechte Beschäftigung im Malergewerbe auch noch auf andere Ursachen zurückzuführen ist. So wird auf die ungeheuer hohe Lehrlingszahl hingewiesen, auf die gewaltige Zunahme der Kleinbetriebe, die einfache Stilrichtung, die sogenannte neue Sachlichkeit usw. Ein paar Zahlen mögen die ungeheure Steigerung der Erwerbslosen im Malergewerbe deutlich machen. Auf je 100 Mitglieder entfielen Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche:

	1927	1928	1929	1930
Januar	38,1	31,3	41,8	55,7
Mai	2,5	4,4	8,6	29,3
September	4,5	6,6	13,2	43,8
Dezember	31,4	34,6	44,2	73,2

Welch ungeheures Elend, welche Not und welcher Jammer verbirgt sich hinter diesen wenigen, sich so nüchtern ausnehmenden Zahlen?

Nicht besser als für die im Malergewerbe Beschäftigten sah es für die im Lackierergewerbe Tätigen aus. Hier sind die Konjunkturverhältnisse völlig abhängig von denen in der Industrie, woraus sich schon allein die große Zahl der arbeitslosen Lackierer erklärt. Im Jahrbuch ist auf die Geschäftslage in den einzelnen Indu-

Kollege!

AUCH DU

mußt einen Unorganisierten dem Verband zuführen!

Tue Deine Pflicht!

strien näher eingegangen. Es zeigen sich so ziemlich in allen Industrien die gleichen trostlosen Verhältnisse.

Unter diesen Umständen hielt es der Verbandsvorstand für seine Pflicht, der Entwicklung der Arbeitslosenversicherung mit besonderem Interesse zu folgen und dadurch soweit als möglich für die Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu sorgen. In seinen vielfachen Bemühungen — auch der Verbandsbeiträge beschaffte sich mit dieser Frage — ist es dann gelungen, unsere Kollegen zum weitaus größten Teil aus der Unterstützung für Saisonarbeiter herauszubringen. Am 3. November 1930 kam die Notverordnung, nach der auch die über 21 Jahre alten Kollegen, wir hatten es schon jahrelang für alle Berufsangehörigen gefordert, in die Krisenfürsorge einbezogen wurden. Noch wichtiger erschien dem Verbandsvorstand, sich energisch für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit einzusetzen. Es ist auch auf dem Gebiete mancherlei geschehen, ohne allerdings damit bei der vorliegenden starken Depression im Wirtschaftsleben einen durchschlagenden Erfolg erzielen zu können. Neben den schon in den letzten Jahren versuchten Mitteln, dem Verschicken von Eingaben und Anschreiben an alle für Maler- und Lackiereraufträge in Betracht kommenden Stellen, wurden in Verbindung mit dem Reichsausschuß für Sachwerterhaltung Broschüren mit entsprechendem Inhalt an die Interessenten verschickt, geeignete Anzeigen in Zeitungen lanciert, Filme gezeigt, Meldebarten verschickt, ein farbiger Aufruf in großen Mengen an Auftraggeber verteilt usw. — In den Filialen, in denen Ortsgruppen des Reichsausschusses bestehen, wurden außerdem Umzüge und sonstige Werbeaktionen unternommen, die, wie uns gemeldet wurde, teilweise auch Erfolge zeitigten. Durch die Arbeitsbeschaffungsaktion wurden nach den Mitteilungen aus unsern Filialen 937 Kollegen zwischen 14 Tagen und 10 Wochen in Arbeit gebracht. Daß diese Zahl in Wirklichkeit bedeutend größer ist, kann aber mit Sicherheit angenommen werden, nachdem aus 24 Filialen positive Angaben auf unsere Frage nach der Zahl der durch die Werbearbeit untergebrachten Kollegen machten. Eine weitere Mitwirkung unserer Organisation auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung im Rahmen der Bestrebungen des Reichsausschusses für Sachwerterhaltung hält der Verbandsvorstand für angebracht. Die Generalversammlung in Breslau hat sich dieser Auffassung angeschlossen.

Die Sorge der Verbandsfunktionäre erstreckt sich aber nicht darauf, die Mitglieder in Beschäftigung zu bringen beziehungsweise zu halten, sie setzen sich auch ein für deren Leben und Gesundheit, worüber unter anderem

eine vom Kollegen Streine verfaßte Broschüre: „50 Jahre Kampf um das Bleiweißverbot“ nähere Auskunft gibt. Daß sich der Verbandsvorstand auch noch mit den sonst die Arbeiterschaft im Maler- und Lackierergewerbe umlauernenden Gefahren beschäftigt, ist bekannt; denn er schenkt nicht nur dem Bauarbeiterchutz größtes Augenmerk, worüber ein besonderer Abschnitt im Jahrbuch berichtet — es verunglückten nach uns gewordenen Mitteilungen auf den Fragebogen in 71 Filialen 240 Kollegen, davon einer tödlich —, sondern beobachtet besonders auch die bei den Kollegen durch die neueren Anstrichmittel hervorgerufenen Beschwerden und Krankheiten. Die Verordnung vom 27. Mai 1930, die den Verbrauch von Bleiweiß für die Innenanstriche verbietet und auch sonst eine Reihe von Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustande bringt, ist mit auf die Initiative zurückzuführen, die der Verbandsvorstand seit Jahrzehnten auf diesem Gebiete entwickelt. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene, deren Bestrebungen in vielfacher Hinsicht mit den unsrigen gleichlaufen, wurde deshalb auch 1930 unterstützt und ihre Haupttagungen befehligt.

Sehr ausführlich wird über die Pflege des gewerblichen Nachwuchses berichtet und die Notwendigkeit dazu unter anderem mit den vielen Lehrlingen im Gewerbe begründet. Die tarifvertragliche Regelung auch des Teiles des Lehrvertrages, für den eine solche Regelung rechtlich möglich ist, führte leider bei den Tarif- und Lohnverhandlungen im Frühjahr 1930 nicht zum gewünschten Ziele. Vom Verbandsvorstand wurden darauf zwei Eingaben verfaßt, die erste, um eine Verringerung in der Lehrlingshaltung zu erreichen, und eine zweite, die sich gegen die Einführung der vierjährigen Lehrzeit richtete. Der hier zur Verfügung stehende Raum erlaubt leider nicht, auf die Eingaben näher einzugehen. Nur soviel sei bemerkt, daß die Zahl der Lehrlinge im letzten Jahre zurückgegangen ist, da sich auch der Reichsbund für das deutsche Maler- und Lackierergewerbe und manche Handwerkskammern und Innungen unserer Argumentation nicht entziehen konnten.

Es wird weiter von den stattgefundenen Jugendtreffen, der durchgeführten Werbearbeit, der in den Abteilungen geleiteten Jugendarbeit und der zahlenmäßigen Entwicklung der Jugendabteilung näheres berichtet. Darüber ist schon im „Maler“ Nr. 14 ein informierender Artikel erschienen.

Der Hoover-Plan in Kraft getreten

Wie ist das Feierjahr anzunehmen?

Nach 14 Tagen harten Ringens ist eine Einigung zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Frankreich über den sogenannten Hoover-Plan zustande gekommen. Diese zwei Wochen gehörten zweifellos zu den härtesten Belastungsproben, die Deutschland auszuhalten hatte. Noch in den allerletzten Tagen wurde seitens der Reichsbonn erwogen, ob nicht weitere Maßnahmen zum Schutze der deutschen Währung eingeleitet werden sollen. Nun ist endlich dieser ungeheure Alpdruck von der deutschen Wirtschaft genommen und die ganze Welt wird zweifellos aufatmen, daß eine Einigung über dieses schwierige Werk gelingen konnte. Wenn es schwer war alle widerstreitenden Interessen unter eine Formel zu bringen, so darf man nicht vergessen, daß noch niemals in der Geschichte ein so stark in internationale Wirtschaftsbeziehungen eingreifendes Abkommen so schnell realisiert werden konnte. Die meisten Menschen stellen sich, von der Frosch-Perspektive ihres engen Interessentenkreises aus gesehen, solche komplizierten Lösungen viel zu leicht vor. Sei Licht besehen wirken solche Dinge ganz anders. Man muß bedenken, daß der Young-Plan für mehr als ein Duzend Länder unmittelbar Bedeutung hat und die Budgets dieser Länder auf diese Regelung abgestimmt waren. Nun ist die unmittelbare Spannung beseitigt und die zivilisierte Menschheit kann daran gehen, im Zeitraum eines Jahres das notwendige friedliche Zusammenleben gegenseitig so abzustimmen, daß die zermürbende Spannung beseitigt ist.

Im großen und ganzen dürfte der Plan des amerikanischen Präsidenten bekannt sein. Nach den Abmachungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten sieht die Regelung ungefähr so aus:

1. Die Zahlung der Regierungsschulden wird vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 eingestellt. 2. Das Deutsche Reich ist in dieser Zeit der Pflicht entbunden Reparationszahlungen in fremde Währung übertragen zu müssen. Es hat jedoch den Betrag der ungeschsteten Annuität, die von der Reichsbahn zu leisten ist, zu zahlen, jedoch sollen diese Beträge der deutschen Reichsbahn beziehungsweise dem Deutschen Reich als Anleihe zurück-erstattet werden. 3. Alle Zahlungen werden unter den von der amerikanischen Regierung angeregten Bedingungen verzinst und in zehn Jahresraten vom 1. Juli 1933 ab getilgt. 4. Es soll eine gemeinsame Aktion der zentralen Notenbanken durch Vermittlung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zugunsten der europäischen Länder organisiert werden, die durch die Aufhebung der deutschen Zahlungen besonders in Mitleiden- schaft gezogen werden. Gedacht ist hier an die kleineren Länder, wie Belgien, Jugoslawien, Rumänien usw. 5. Die Sachlieferungen und die verschiedenen technischen Bedingungen, die durch die Anwendung des amerikani- schen Vorschlags und des vorliegenden Abkommens not- wendig werden, sollen durch einen Ausschuss von Sach- verständigen geprüft und mit dem Geiste des Hooverschen Vorschlags in Einklang gebracht werden.

Das sind die Grundgedanken des Abkommens zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und Frankreich. Der so formulierte Plan soll so- fort in Kraft treten. Für uns ist es wesentlich, daß das Prinzip des Vorschlags von Hoover aufrecht- erhalten geblieben ist. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die offen gebliebenen Fragen durch den Sachverständigenausschuss vllstandig bereinigt werden. Aufgabe der europäischen Staaten ist es nunmehr, in allen Teilen eine Verständigung herbeizuführen. Amerika will sich dabei passiv verhalten und nur eingreifen, wenn es not- wendig sein sollte. Hoffentlich treten dabei nicht neue Reibungen auf, damit endlich einmal von einem fried- lichen Einvernehmen der so schwer leidenden europäi- schen Menschheit gesprochen werden kann. Ein Sammer ist es, immer wieder darauf hinweisen zu müssen, daß die Völker Europas alles Trennende zurückstellen müssen, um endlich einmal zu jenem Wohlstand zu gelangen, der ihnen nach dem Stande der Technik gebührt.

Was ist nun vom Standpunkt der Ar- beiterklasse nach Eintritt des Feierjahres zu tun? Von vornherein muß die Illusion zerstört werden, als ob durch die Nichtzahlung der Reparations- leistungen die Wirtschaftskrise sofort behoben sein könnte. Gewiß sind die 1600 Millionen, die Deutschland in einem Jahr zu leisten hat, keine Kleinigkeit. Aber sie stellen nicht das Entscheidende dar. Man bedenke, daß im Laufe eines Jahres mehr als zwei Milliarden Auslandsgelder abgeflossen sind. Daneben ist die Reichsbank ungeheuer geschwächt. Die Notendeckung beträgt unter Ausbietung aller verfügbaren Reserven 40 %, wo sie sich bis vor kur- zem noch auf der Höhe von 60 bis 70 % bewegt hatte. Das Wichtigste, was getan werden mußte, ist uneres Er- achtens die Stärkung der Reichsfinanzen. Das Reich muß von den drückenden schwebenden Schulden, die meistens kurzfristig sind, befreit werden. Es muß mit Energie daran gegangen werden, die öffentlichen Verwal- tungen so sparsam wie möglich zu gestalten. Alle über- sssigen Ausgaben, wie der Bau von Kriegsschiffen usw., haben zu unterbleiben. Das Reich, die Länder und Ge- meinden müssen befähigt werden, ihre soziale Auf- gaben unter allen Umständen befriedigen zu können. Notwendig scheint es vor allem, das Ver- trauen zu der öffentlichen und privaten Wirtschaft so weit zu festigen, daß das entflohenen Auslandsgeld wieder zurckzuehren beginnt. Es mußte versucht wer- den, dies in der Form von langfristigen Krediten zu be- werkstelligen. Kurzfristige Kredite in größerer Höhe sind ein Anzeichen für die Wirtschaft. Schon zum drittenmal hat die plötzliche Kündigung derselben zu schweren Er- stterungen geführt. Haben wir es doch erleben müssen, daß sogar Investitionen von nicht geringem Ausmaß mit kurzfristigen Krediten finanziert worden sind. Wir brauchen nichts so notwendig wie ausländisches Kapital, damit wir in die Lage versetzt werden, die deutsche Wirt- schaft wieder anzukurbeln. Wenn es zum Beispiel ge- länge, große Arbeitsbeschaffungsprogramme durch lang- fristiges Auslandskapital in Angriff zu nehmen, dann würde die Arbeitslosigkeit zweifellos gemildert werden können. Die deutsche Reichsregierung, die Reichsbank und alle in Frage kommenden Stellen müssen den Ver- such unternehmen, das Vertrauen so weit zu festigen, daß der Auslandskredit in der gewünschten Form wieder nach Deutschland zurückfließen kann.

Die Notverordnung ist am 1. Juli in Kraft getreten. Mitte Juli erhalten die Arbeitslosen zum ersten- mal die gekürzten Unterzsungen. Die Beamten erhalten niedrigere Gehälter und die Krisen- steuer muß von den Arbeitern und Angestellten bezahlt werden. Eine Kontraktionswachung gröſsten Stils tritt ein. Die Regierung hat bereits zugesagt, die Notver- ordnung in ihren kräftigen Auswachsen zu mildern. Jetzt ist es an der Zeit an die Umwandlung der Notverordnung heranzugehen. Der soziale Druck, der auf den Massen in Deutschland lastet, ist nicht min- der gefährlich als das Fehlen von Auslandsgeld. Er muß durch schnsmgliche Revision der Notverordnung ge- mildert werden. Dies kann schon geschehen dadurch, daß die Beträge für Subventionen, die in der Not- verordnung enthalten sind, gestrichelt werden. Sub- ventionspolitik auch unter dem Mantel von sogenannter Arbeitsbeschaffung ist immer gefährlich. Man sollte schön- mgig damit Schluss machen.

Eine großzügige Revision der Notverordnung mit dem Ziele den Druck auf die sich wachsenden Schul- tern zu mildern und den Opfern der Krise, den Arbeitslosen, anstehende Unterzsungen zu gewähren, wäre eine Befreiung des sozialen Drucks und damit eine Erleichterung für den Aufbau der deutschen Wirt- schaft.

Das Feierjahr tritt in Kraft. Deutschland erhält eine Schwere den gröſsten Notizen innerhalb der es Zeit hat, notwendige Reformen zum Wiederaufbau der Wirtschaft

einzuführen. Die Erhaltung der deutschen Arbeiterschaft scheint uns das Wichtigste dabei zu sein. Die deutsche Arbeiterschaft trägt seit zwei Jahren eine Last mit einer Geduld, die bewundernswert ist. Ein Feierjahr der Re- parationen muß ihr diese Last erleichtern. Dafür wollen wir uns einsetzen. Die Organisationen der Ar- beiter und Angestellten, vor allem die Gewerk- schaften, leiden aber nicht minder unter der Krise. Die nächste Zeit sollte benutzt werden, sie wieder finanziell und organisatorisch so weit zu kräftigen, daß sie imstande sind, kraftvoll in die Geschicke der Zeit einzugreifen.

Wieder neuer Kurs in Moskau

Ab Abschaffung der Fnfstageweche, des gleichen Lohnes usw.

Der russische Diktator Stalin hat auf einer Konfe- renz der Sowjetwirtschaftler eine Rede gehalten, die eine vllstandige Umkehr von den bisher geübten Methoden erkennen läst. Man ist es gewohnt, daß die Moskauer Machthaber von Zeit zu Zeit vllstandig veränderte Methoden zur Durchführung der kommunistischen Wirt- schaft für notwendig erachten. Die jetzt eingeschlagene Wirtschaftspolitik stellt aber die gröſste Umkehr dar, die bisher eingetreten ist. Stalin erklärte, daß man vieles verbrennen, was man bisher angebetet und vieles an- beten, was man bisher verbrannt hat. In Zukunft müsse ein differenziertes Lohnsystem für qualifizierte und nicht qualifizierte, leichte und schwere Arbeit durchgeführt werden. Man könne hochqualifizierte Arbeitskräfte nur durch Zahlung höherer Löhne an ihrer Arbeitsstelle fesseln. Das Hin- und Herziehen der Arbeiterschaft müsse aufhören, denn nur durch die Stabilität des Arbeiterbestandes in den Betrieben wird die Möglichkeit gegeben, daß sich die Arbeiter die Produktionstechnik aneignen. Die Preisgabe der bisherigen kommunistischen Praxis wurde von Stalin durch Zitate aus Schriften von Marx und Lenin begründet. Durch qualifizierte Arbeit könne man in eine höheren Lohnstufe aufstieigen. Dieser Umstand gäbe jedem Arbeiter einen Ansporn zum Sinauffstreben in die Reihen derjenigen, die bessere Er- nahrungs- und Wohnungsbedingungen hätten. Grund- legend neu ist auch die Einstellung gegenüber der bürger- lichen Intelligenz. Man könne nicht mehr jeden Spezia- listen alter Schule als Verbrecher und Saboteur ansehen, sondern man möchte sie mit Aufmerksamkeit und Sorgfalt heranholen. In den russischen Betrieben soll hinfort nur der leitende Direktor oder dessen Stellvertreter die Kommandogewalt haben. Damit wird der kollegialen Leitung der Betriebe durch Vertrauensleute der kommu- nistischen Partei ein Ende bereitet. Das stärkste an Stalins Rede war der Vorstoß gegen die Fnfstageweche. Diese habe vielerorts dazu geführt, daß jegliches Verant- wortungsgefhl für die übertragenen Arbeiten und für die Instandhaltung der Fabrikanlagen, Maschinen und Werk- zeuge geschwunden seien. Deshalb würde erwogen, wieder die sechsstagige Arbeitswoche mit einem freien Ruhetag für die gesamte Belegschaft einzuführen.

Diese Stichworte aus der Rede Stalins lassen er- kennen, daß seitens der bolschewistischen Diktatoren bisher angebetete Prinzipien einfach auf den Rehrichtaufen ge- worfen werden. Der kommunistische Kollektivismus hat einen Stoß erhalten. Es ist eine graue Ironie, daß die Despoten Rußlands zu den rein kapitalistischen Wirt- schaftsmethoden zurückkehren müssen. Die europäische Arbeiterklasse erhelt daraus, daß es noch andere Wege zum Sozialismus geben muß als über das Sowjetsystem. Sie muß es ablehnen erst durch ein Jammertal von Not und Tränen zu wandern, und dann schließlich doch weiter nichts vorzufinden, als die gleichen Einrichtungen, die in andern Ländern in weit verbesserter Form bestehen.

Der Lohn in der Politik

Es ist einmal das Wort vom politischen Lohn ge- prägt worden. Damit sollte angedeutet werden, daß der Politik vielerlei Möglichkeiten gegeben sind, auf die Höhe des Arbeitslohnes und dessen Kaufkraft einzuwirken. Darum aber handelt es sich in der hier folgenden Be- trachtung nicht, sondern eher um das gerade Gegenteil, nämlich darum, welche Rolle der heute in Deutschland geltende Modus der Lohnbestimmung während der letzten Zeit bei den entscheidenden Fragen der hohen Politik spielte.

Das entscheidende Gesetzeswerk, das bei uns in allen Streitfällen, die um Lohn oder Arbeitszeit geführt werden, in Funktion tritt und das dauernd in Funktion ist, weil der Kampf um Lohn und Arbeitszeit keinen Abbruch für ewige Dauer kennt, ist die Schlichtungsordnung. Ein Gesetz zu ändern, oder seine Handhabung in die Gewalt zu bekommen, das aber sind politische Fragen.

Der Sozialismus und die Frauen

Zur Frauenwerbung.

Die Zahl der Frauen, die nicht den Mut oder die Kraft haben, sich mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen, ist leider immer noch sehr groß. Oft ist es nicht leicht, diese Frauen zum klaren Durchdenken ihres Lebenskreises und zum Erlassen wirtschaftlicher Zusammenhänge zu bringen. Drei kleine Hefchen, die die Sozialdemokratische Partei neben zur Frauenwerbung herausgab, können da nützliche Hilfe leisten.

„Wer verteuert Dir das Leben?“ fragt das erste. Es zeigt, wie die Preise der Wohnungen, der Lebensmittel, der Bedarfsartikel ebenso wie die Höhe der Löhne in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft von einem Faktor ausschlaggebend bestimmt werden: dem rücksichtslosen Profitwillen des Kapitals. Das zweite Hefchen mit dem Titel „Was geht Dich der Mar- xismus an?“ fhrt diesen Gedankengang weiter. Die Erkenntnis von Karl Marx, daß erst durch eine neue, sozialistische Gesellschaftsordnung die Profitgier des Kapi- talismus ausgeschaltet werden kann, wird hier ganz kurz

Sie treten in Gestalt von reaktionären Forderungen im- mer dann an die sich jeweils um eine Mehrheit ab- mhrende Regierung heran, wenn diese Bundesgenossen braucht und die Umstände sie zwingen, Verbnde teuer einzulaufen. Dabei ist die Schlichtungsordnung des Stre- ten als Preis gefordert worden. Bisher allerdings so ähnlich wie die politische Machtposition in Preußen, stets vergeblich. Aber die Versuche sind interessant und ge- eignet, den um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit kämpfenden Gewerkschaften wertvolle Fingerzeige zu geben.

Das erste Opfer des Schlichtungswesens wurde ein Minister der Deutschen Volkspartei. Sogar Klingt lo- misch, ist aber wahr. Herr Moldenhauer, für kurze Zeit des Deutschen Reiches Finanzminister, wurde von seiner eigenen Fraktion Knall und Fall gestürzt. Nach draußen hin sagte man, weil er die Beamtengehälter abbauen wollte. Es handelt sich dabei um das Notopfer, also die erste Befolgungskrzung der Beamten. Das aber war nur ein vorgeschobener Grund. Der schwerindustriellen Deutschen Volkspartei glaubt ja kein Mensch, daß sie den Reichsbeamten zuliebe einen ihrer Minister stürzt. Nein, der wahre Grund war der: Man hatte seitens der deutsch-volksparteilichen Reichstagsfraktion von dem Mi- nisterkollegen Moldenhauer verlangt, er solle im Kabinett einen Gesetzesentwurf einbringen und befworten, wonach alle noch laufenden Tarifverträge gekündigt werden könnten. Das hat dieser abgelehnt. Die Gründe seiner Handlung interessieren wohl, sind aber in ewiges Dunkel gehüllt. Wahrscheinlich hat der damalige Reichsfinanz- minister gemerkt, daß er mit einem derartigen Ansinne- sowieso hereinfallen würde. Er hat es deshalb dem Ka- binett nicht erst gestellt und mußte gehen.

Das zweite Opfer des Schlichtungswesens wäre nun dieser Tage bald ein Reichszentraler geworden. Und zwar einer, dem man allgemein nachsagt, er sei sehr stark. Sein Name ist Bruning. Dieser Regierungschef hat noch nie eine richtige Mehrheit des deutschen Reichstages hinter sich gehabt. Er lebt vom Zentrum, der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei, einigen andern kleinen parlamen- tarischen Gruppen, aber in der Hauptsache doch davon, daß die stärkste Fraktion des deutschen Reichstages, die Sozialdemokratie, bisher ihn duldet. Die Deutsche Volkspartei ist in der Regierung vertreten. Aber das macht ihr nichts aus. Sie forderte bei der neuen Not- verordnung, die den Besitz verschont und den Armen alle Lasten der Krise aufbürdet, noch erheblich mehr als das, was in diesem unheimlichen Werke der deutschen Arbeiter- schaft schon zugemutet wird. Sie forderte den Lohn auch derer, die noch das seltene Glück haben, nicht arbeitslos zu sein. Sie forderte die Schlichtungsordnung. Diese Forderung ist ihr ursprünglich kategorisch abgelehnt worden, weshalb sie trotz der Verschlechterung der deut- schen Devisenbilanz, trotz der bevorstehenden Aufrollung der Reparationsfrage, trotz der Warnungen ihres promi- nenten Parteimitgliedes, des Reichsbankpräsidenten Luther, den Sturz Brünings durch Zustimmung zur Reichstagsversammlung beschloß.

Nun war Bruning allerdings stärker als weiland sein Ministerkollege Paul Moldenhauer, das sehr eindeutig aus der Tatsache hervorgeht, daß Herr Bruning, trotz des volksparteilichen Beschlusses immer noch Minister- präsident ist, während Herr Moldenhauer wieder seinem bürgerlichen Beruf als Professor nachgeht, aber nicht mehr Minister ist. Und das kommt daher, daß die Deut- sche Volkspartei wieder einmal umgefallen ist. Sie hat den Fraktionsbeschluss rückgängig gemacht. Aber, und damit kommen wir wieder zum Thema, Herr Dingeldey, seines Zeichens Vorsitzender der umgefallenen Volks- partei, hat erklärt, das Umfallen hätte ihm deshalb keine Schwierigkeiten gemacht, sondern sei ihm im Gegenteil sehr leicht gefallen, da Reichszentraler Bruning ihm hoch- wichtige Zugeständnisse gemacht habe. Dabei deutete er in der bekannten verlogenen Diplomaten Sprache an, daß ihm nicht nur eine baldige Aufrollung der Reparations- frage und eine Personalklrung im Kabinett, sondern auch eine Lockerung des Schlichtungswesens versprochen worden sei. Nun, die baldige Inangriffnahme der Re- vision des Youngplanes ist heute so ziemlich eine Selbst- verständlichkeit, eine Sache, gegen die nicht nur niemand etwas einzuwenden hat, sondern die allgemein begrüsst und gewünscht wird. Ob die Volkspartei einen Minister mehr oder weniger im Kabinett hat, ist minder wichtig. Wenn sie ihn hat, erdolcht sie ihn ja doch. So ging es Stresemann und Moldenhauer, so geht es im Augenblick Curtius, und andern wird es keinen Deut besser ergehen. Aber die wichtigste Aenderung, die Lockerung des Schlichtungswesens, die war ein Phantasieprodukt des Herrn Dingeldey. Das hat das Kabinett gleich am nächsten Tage durch eine offizielle Erklärung richtig- stellen lassen.

und jedem verständlich dargestellt. Weshalb die Frau an diesem Werk mithelfen muß? Es mag noch Frauen geben, die solche naive Fragen stellen. Ihnen wird die Antwort: weil die Frau ebenso wie der Mann im Lebens- kampf steht. Heute arbeiten in Deutschland über 11 1/2 Millionen Frauen beruflich, davon sind 8 1/2 Mil- lionen über 20 Jahre alt und ledig, verwitwet oder ge- schieden. Und die Frau, die „nur“ Hausfrau und Mutter ist? Die Mutter entscheidet: Krieg oder Frieden, sagt das dritte Hef. Der Krieg hat die unmündigen Kinder hungern und verkümmern lassen, hat die Shne auf dem Schlachtfeld zerrissen und verkm- melt, die Frauen zu Witwen gemacht. Es gibt nur eine Sicherung dagegen, daß dieses Grauen sich wiederholt: Schule, Gemeinde und Staat dem Geiste des Friedens zu ffnen, durch die tatkräftige Mithilfe der Frauen, der Mütter.

Die drei Hefte sind recht geeignet, Verständnis für Sinn und Aufgaben der Sozialdemokratie in weite Kreise zu tragen. Jedes der kleinen Hefchen ist 8 Seiten lang, mit einer Illustration versehen und kann bei jeder Volks- buchhandlung zum Preis von 5 S das Stück bezogen werden.

Der großindustrielle Angriff auf das Schlichtungswesen ist also abgeschlagen worden. Allen Gesetzen politischer Logik zufolge mußte er auch abgeschlagen werden. Und zwar hätte das von jeder politischen Zentralgewalt geschehen müssen. Eine Aufhebung, oder wie es immer so befanftigend heißt, eine „Loderung“ des Schlichtungswesens bedeutet nämlich nicht nur schrankenlosen Lohnabbau, nicht nur schrankenlose Freiheit zur Ausbeutung der Arbeiterklasse. Sie bedeutet mehr. Sie bedeutet ein Auflockern sozialer Kämpfe, das nicht mehr zu bannen ist. Sie bedeutet eine solche Steigerung der Anruhe und Erregung, daß keine Regierungsgewalt dafür die Verantwortung übernehmen kann. Und das am allerwenigsten heute, in der furchtbarsten Wirtschaftskrise, die je ein Volk durchlebt hat. Ja, wenn keine freien Gewerkschaften da wären, dann Herr Dingeldey, wären ihre Pläne nicht nur durchführbar, sondern schon längst durchgeführt. Aber fünf Millionen Freigewerkschafter stehen auf der Wacht. Ob Brünning das gern sieht, wissen wir nicht, aber er sieht es, Dingeldey nicht.

Gewerkschaftliches

Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter hielt seinen Verbandstag in Stuttgart ab. Der Verbandstag war von 84 Delegierten, darunter 15 Frauen und einer Reihe von Gästen besucht. Seitens des Vorstandes berichtete der Verbandsvorsitzende Pucher über die Tätigkeit des Vorstandes in den letzten drei Jahren. Die Krise im Buch- und Zeitungsgewerbe war auf den Verband nicht ohne Einfluß. 580 000 M wurden im Jahre 1930 an Unterstützungen hauptsächlich sozialer Natur ausgegeben. Infolge der Zusammenlegung der Produktionsstätten ist die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen. Doch sind immerhin 90 % der in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert. Aus dem Bericht des Hauptkassierers war zu entnehmen, daß die Klassenverhältnisse des Verbandes noch einen günstigen Stand aufweisen. Dies geht besonders aus dem Vermögensbestand hervor. Je Mitglied ist ein Vermögen von rund 102 M gegen 67 M 1928 vorhanden. Den Bericht der Redaktion gab Kollege Schulte, der auf den erfolgten Ausbau der Verbandszeitung verweisen konnte. In der Aussprache wurde die Tätigkeit der Vorstandes und der Redaktion in der verfloßenen Geschäftsperiode gebilligt. Der zweite Verbandsvorsitzende Hornke behandelte das Thema Tarif- und Lohnbewegungen. Aus diesem Bericht ging hervor, wie erfolgreich der Verband bemüht war, die soziale Lage der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen zu verbessern. Sie gehören heute zu der bestbezahlten Gruppe der ungelerten Arbeiter. Der Verbandstag bot auch Gelegenheit, die Probleme der Zeit von einigen Rednern untersuchen zu lassen. Der Kollege Paul Afermann sprach über das Thema „Die Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft“. Der zweite Vorsitzende des DGB, Peter Graßmann, behandelte das Thema: „Die Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft“. In diesem Zusammenhang ging Graßmann auf die Notverordnung und all die Fragen ein, die damit verbunden sind. Der Leiter der Bundeschule Bernau, Dr. Seelbach, hatte Gelegenheit, auf die Bedeutung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse in einem Vortrag hinzuweisen. Der Verbandstag protestierte in einer Entschließung gegen die Notverordnung und erklärte sich mit der 40stündigen Arbeitswoche einverstanden, wenn für die ausfallenden Arbeitsstunden die entsprechende Zahl arbeitsloser Kräfte eingestellt wird und ein ausreichender Lohnausgleich erfolgt. In einer Zeit, wo manche Gewerkschaftsverbände gezwungen sind, die Unterstützungsleistungen abzubauen, nahm der Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter noch eine Erhöhung der Invalidenunterstützung vor. Darüber hinaus wurde ein Antrag angenommen, wonach die arbeitslosen und ausgeschiedenen Mitglieder eine Sonderunterstützung von 10 M erhalten. Der Vorstand und der Redakteur wurden einstimmig wiedergewählt. — Alles in allem eine erfolgreiche Sitzung, die auf eine weitere günstige Entwicklung dieser Organisation schließen läßt.

Der Verbandstag der Maschinisten und Heizer fand im Juni im Dresdner Volkshaus statt und war von 66 Delegierten und zahlreichen Gästen besucht. Vom Bundesvorstand des DGB war der Kollege Eggert anwesend. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ging hervor, daß der Maschinistenverband wie andere Gewerkschaften unter dem Niedergang der Konjunktur zu leiden hatte. Nicht geringe Leistungen für soziale Unterstützungen waren notwendig. 11 Arbeitslosenunterstützung allein wurden im verfloßenen Jahre 407 072 M ausgegeben. Trotz der wirtschaftlichen Erschütterungen blieb die Mitgliederzahl stabil. Die vorangegangenen Jahre geschaffene Maschinisten-Internationale hat die Berufscollegen von Deutschland, England, Dänemark, Oesterreich und der Tschechoslowakei zusammengeschlossen. Die Erfolge des Verbandes kamen besonders in dem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit zum Ausdruck. In der Berichtsperiode konnte die durchschnittliche Arbeitszeit je Mitglied und Woche um 12 Stunden herabgesetzt werden. Die Löhne der Berufscollegen betragen von 99,9 % im Jahre 1927 auf 111,4 % im Jahre 1930. Der Verband hat in 20 Hauptindustrien 1260 Betriebsräte. Nach einer lebhaften Aussprache über den Geschäftsbericht wurden einige Entschließungen angenommen. In der einen wird die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1920 gefordert. Die zweite Entschließung fordert die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche. Ferner wird der Verbandsvorstand beauftragt, in der Stromerzeugenden Industrie die Sechsstundenschicht zur Einführung zu bringen, weil die dreigeleitete Schicht den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Eine dritte Ent-

Verbindlichkeitsklärung des Schlesiens Landestarifvertrages

Der Reichsarbeitsminister
III 4374/119 Tar.
Berlin, den 1. Juli 1931.
Eingetragen am 4. Juli 1931
auf Blatt 9657 Iff. Nr. 6 des
Tarifregisters.
Der Registerführer
gez. Neßls.

Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages
 - a) auf Arbeitgeberseite:
Schlesischer Malerbund, Breslau;
 - b) auf Arbeitnehmerseite:
Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder Deutschlands, Berlin;
Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufe, Sitz Düsseldorf.
- II. Tag des Abschlusses:
 - a) 27. April 1931, Landestarifvertrag nebst Arbeitszeitabelle;
 - b) 16. Mai 1931, Lohnvereinbarung;
 - c) 20. Mai 1931, örtliche Vereinbarung über Fahrgeldvergütung.
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
Gewerbliche Arbeiter im Maler-, Lackierer- und Anstreicher-Gewerbe.
Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht:
 1. auf die Arbeiter sachfremder Betriebe, die lediglich mit Instandsetzungs- oder Ergänzungsarbeiten für Betriebsanlagen oder mit Arbeiten beschäftigt werden, die zum Produktionsprozeß gehören;
 2. auf die ständigen Arbeiter der öffentlichen Arbeitgeber;
 3. auf die unständigen Arbeiter der öffentlichen Arbeitgeber, die lediglich mit Instandsetzungs- oder Ergänzungsarbeiten beschäftigt werden.
- IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
Provinz Oberschlesien und Provinz Niederschlesien mit Ausnahme des Kreises Hoyerwerda.
- V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf folgende Bestimmungen des Landestarifvertrages: § 2 Ziff. 10 Satz 2 und 3; § 5 Ziff. 5 Satz 4; §§ 11, 13 und 14; sie erstreckt sich ferner nicht auf weitere Vereinbarungen gemäß §§ 9 und 16 des Tarifvertrages, für deren Allgemeinverbindlichkeitsklärung jeweils ein besonderes Verfahren erforderlich ist.
- VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit:
1. Juli 1931.
- VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:
Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, jeweils mit dem Tarifvertrag; hinsichtlich des Landestarifvertrages nebst Arbeitszeitabelle und der örtlichen Vereinbarung über Fahrgeldvergütung spätestens mit dem 30. April 1933.

Im Auftrag
gez. Dr. Raichbrenner
(Stempel) Veglaubigt
gez. Girke
Ministerial-Rangleisekretär.

Ab schrift.

Schließung verpflichtet alle voll arbeitenden Kollegen zur finanziellen Solidarität, um die Not der arbeitslosen Verbandscollegen zu lindern. Es wurde ein neues Verbandsstatut geschaffen, das die wesentlichen Bestimmungen des bisher gültigen aufrecht erhält und die Unterstützungsleistungen unverändert läßt. Der Verbandstag der Maschinisten ließ eine seltene Einmütigkeit in allen Fragen erkennen. Dies zeigte sich besonders zum Schluß bei den Wahlen zum Verbandsvorstand. Der erste Vorsitzende des Verbandes, Riese, wurde einstimmig und die übrigen Vorstandsmitglieder gegen wenige Stimmen wiedergewählt. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Maschinisten und Heizer nach wie vor an ihrer Berufsorganisation festhalten wünschen. Es sei denn, es würde eine Organisationsform gefunden, die eine bessere Vertretung der Interessen der Mitglieder ermöglicht.

Wo fehlen die Frauen noch?

Die organisatorische Erfassung der Frauen ist in den verschiedenen Bezirken verschieden. Interessant ist eine Statistik über den Anteil, den die Frauen in den verschiedenen Gebieten in den Gewerkschaftsverbänden stellen. Eine Statistik über die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei zeigt, daß große Unterschiede in der organisatorischen Erfassung vorhanden sind. Es gibt Bezirke, in denen die Zahl der organisierten Frauen zweieinhalbmal so groß ist wie in andern. Bei der gewerkschaftlichen Frauenstatistik hängt natürlich viel von der Verteilung der Industrie über das Land ab. Aber Vergleiche sind möglich, und sie können äußerst anregend für die Werbearbeit sein. Entspricht in eurem Bezirk die Zahl der organisierten Frauen dem Anteil, den die Frau dort im Arbeitsleben stellt?

Ein nationaler Verräter, der Lohnsenkungen vornimmt.
Regierungen und politische Körperschaften können sehr wohl auf die Entwicklung des Lebensstandards einwirken. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika

gelten als ein Land der wirtschaftlichen Freiheit. Von allen hochkapitalistischen Staaten dürfte die Lehre der Manchestertheorie am vollkommensten in USA. erhalten sein. Dennoch ist der Einfluß der Regierung auf das Wirtschaftsleben nicht gering. Die „Wall Street Journal“ vom 19. Juni bringt einen Bericht ihres New Yorker Berichterstatters. Dieser Artikel ist mit folgendem Motto versehen: Expräsident Coolidge: „Daß der Lohnempfänger in Zeiten der Depression eine bevorzugte Stellung einnimmt, ist anerkanntes Prinzip.“ Es wird dann folgendes ausgeführt:

Im Winter 1929 hatte Präsident Hoover zweiundzwanzig Wirtschaftsführer zusammenberufen, um ihnen das festerliche Versprechen abzunehmen, keine Lohnsenkungen einzuleiten. Die Regierung steht noch jetzt unverändert auf dem Standpunkt, daß die Beibehaltung der Vorkriegs-Lohnsätze eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Erholung sei, unbeschadet der Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten inzwischen um 15 bis 25 % gesunken sind. Und die großindustriellen Unternehmungen, wie United States Steel, General Electric, General Motors, American Telephone und Telegraph Company, die Eisenbahngesellschaften und die Public Utilities halten sich an dieses Versprechen gebunden. Lohnsenkungen sind tabu, wer sie riskiert, läuft Gefahr, als nationaler Verräter gebrandmarkt zu werden. Noch vor einer Woche geschah es, daß ein Bundes-Senator das Kriegsministerium aufforderte, der größten Flugzeugfabrik Amerikas die Lieferungskontrakte zu entziehen, weil sie die Löhne herabgesetzt hatte. Henry Ford erklärte unumwunden, daß er keiner Firma, die Löhne verkürzt, Aufträge für die Ford Motor Company erteilen werde. Die Bahngesellschaften, die bereits am Weißbluten sind, haben bei der Interstate Commerce Commission den sehr bedenklichen Antrag auf Erhöhung der Frachtraten gestellt, um sich weiterhin solvent zu halten. Sie haben nicht gewagt, eine Herabsetzung der Löhne zu fordern, Löhne, die nicht nur außer allem Verhältnis zum Kapitalertrag der Eisenbahnen stehen, sondern auch zu den um 25 % niedrigeren Lohnsätzen der Großindustrie.“

In Europa dürfte es weder eine Regierung noch Unternehmer geben, die sich so für die Hochhaltung sehr hoher Löhne eingesetzt haben.

Genossenschaftliches

Das genossenschaftliche Handels- und Produktionsunternehmen der deutschen Konsumgenossenschaften.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (Hamburg), die von rund 1000 Konsumvereinen als Gesellschafter gebildet wird, hielt kürzlich in Magdeburg ihre 37. Generalversammlung ab und es verlobte sich wirklich, aus dem vorgetragenen Geschäftsbericht die markantesten Ergebnisse und die Wirtschaftslinie der Gesellschaft kennenzulernen. Aus der Generalbilanz vom 31. Dezember ergibt sich zunächst, daß das nominelle Stammkapital von 25 Millionen Mark bis auf 3 338 856 M bar eingezahlt. Dem eingezahlten Geschäftskapital von 21,7 Millionen Mark stehen in Reserve nicht weniger als rund 21,8 Millionen Mark gegenüber — ein Status, wie er in gleich günstiger Weise wohl sehr selten auch bei großen privatwirtschaftlichen Unternehmungen anzutreffen sein dürfte. Den Eigenkapitalwerten aller Art mit rund 50 Millionen Mark bei rund 3 Millionen Abschreibungen stehen an hypothetischen Belastungen nur rund 7,9 Millionen Mark gegenüber. Die Bankanlagen — im wesentlichen aus Spareinlagen der Konsumvereine und ihrer Mitglieder bestehend — in Höhe von rund 152,8 Millionen Mark sind bis zu 106,9 Millionen Mark durch flüssige Mittel „gedeckt“, womit eine starke Liquidität, das heißt Sicherheit gewährleistet ist. Trotz der hohen Abschreibungen im Betrage von 7,7 Millionen Mark (Eigenkapital 3 Millionen, Maschinen, Inventar und Transportanlagen 4,7 Millionen Mark), die zum größten Teil als innere Reserven zu bewerten sind, ergab sich noch ein Uberschuß von 4 360 812 M, dessen „Verteilung“ von besonderem Interesse ist hinsichtlich der großzügigen Finanzpolitik, die seit Jahren die feste Grundlage für die Produktionspolitik der Gesellschaft ist. Und zwar erhält das eingezahlte Stammkapital nur 5 % Zinsen im Betrage von 925 309 M, während der dann noch verbleibende Saldo im Betrage von 3 435 503 M samt und sonders den Reserven aller Art zufließt. Darunter befinden sich 1,5 Millionen Mark für den ordentlichen Reservefonds und 1 Million Mark für den Produktionsfonds. Die Reserven steigen somit auf den hohen Betrag von relativ 25,2 Millionen Mark; sie übersteigen das eingezahlte Stammkapital um 3,5 Millionen Mark.

Die großzügige Finanzpolitik legt die Gesellschaft in den Stand, Jahr um Jahr neue Genossenschaftsfabriken für die zentrale genossenschaftliche Eigenproduktion zu errichten und so die Konsumgenossenschaften und ihre Mitglieder allmählich von den Kartell- und Monopolpreisen der privatkapitalistischen Unternehmungen zu befreien. Zugleich aber auch einen spürbaren Druck auf die Kartell- und Monopolpreise im Interesse der Gesamtbevölkerung auszuüben. Wie ja auch von dem Referenten der Gesellschaft auf der Magdeburger Generalversammlung die Tatsache mitgeteilt wurde, daß die Sachverständigen der Privatwirtschaft im Reichswirtschaftsrat die Herabsetzung der Kartellpreise bei den sogenannten Markenartikeln für unmöglich erklärten, während der Sachverständige der GCG die gegenteilige Meinung an Hand eigener Preiskalkulationen bekunden konnte, was die Regierung dann zu der Verordnung über die Herabsetzung der Markenartikelpreise um 10 % veranlaßte. Dies ein Beispiel mag genügen, um die allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung der Finanz- und Produktionspolitik der größten Konsumgenossenschaftlichen Waren- und Produktionszentrale klarzulegen.

Aus dieser Finanzpolitik sind in den letzten 15 bis 20 Jahren 40 Genossenschaftsfabriken und Veredelungs-

betriebe hervorgewachsen und wenn auch die furchtbarsten aller Krisen, die heute an den privatkapitalistischen Grundlagen der Welt rüttelt, ohne die Konsumgenossenschaften und ihre Hamburger Zentrale auch nur im mindesten erschüttern zu können, das Entwicklungstempo der neuen Produktionsprojekte verlangsamen wird — auch diese Entwicklung wird nicht stille stehen, sondern den Mittelpunkt einer genossenschaftlichen Volkswirtschaft bilden, in der Krisen vom Ausmaße der privatkapitalistischen ein unbekannter Begriff sein werden. Denn wenn man beachtet, daß bei einem Jahresumsatz mit nahezu einer halben Milliarde (495,3 Millionen Mark) nicht weniger als 137,6 Millionen Mark = 27,79 % des Gesamtumsatzes auf die Eigenproduktion entfallen, so sieht man eine volkswirtschaftliche Problemlösung vor sich, die sich mit dem Begriff Planwirtschaft nach allen Richtungen deckt.

Darum: Hinein in die Konsumvereine!

Sozialpolitisches

Weiteres Steigen der Lebenshaltungskosten.

Im Durchschnitt des Monats Juni bewegt sich die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten auf 137,8. Damit ist ein weiteres Steigen der Lebenshaltungskosten eingetreten. Im März betrug die Indexziffer 137,7, im April 137,2, im Mai 137,3 und im Juni 137,8. Wir sind im Juni bereits über die Höhe der Lebenshaltungskosten wie sie sich im März befanden hinausgegangen. Dieses Steigen der Lebenshaltungskosten hängt mit der landwirtschaftlichen Zollpolitik eng zusammen. Die Löhne sind von Monat zu Monat ermäßigt worden. Durch das Steigen der Preise sinkt der Reallohn. Mit den Lohnsenkungen muß schleunigst Schluß gemacht werden.

Wirtschaftspolitik

Für und wider die Nationalisierung.

Das Internationale Nationalisierungsinstitut (Genf), das dem Erfahrungsaustausch zwischen den Nationalisierungsstellen der verschiedenen Länder dient, veranstaltet in Genf in der Zeit vom 1. bis 4. Juli seine zweite Internationale Diskussionskonferenz, die der Erörterung der Frage „Für und wider die Nationalisierung“ gewidmet ist. Da diese Erörterungen durch die augenblickliche Lage der Weltwirtschaft in den Vordergrund des Interesses gerückt sind, wird mit einer Beteiligung von etwa 300 Vertretern aus den verschiedensten Kreisen der Wirtschaft aus etwa 30 Staaten gerechnet. Im Anschluß an einen Vergleich zwischen den Erfahrungen, die in Europa und in Amerika mit den verschiedenen Nationalisierungsmaßnahmen gemacht worden sind, sollen das Für und Wider der Nationalisierungsmaßnahmen untersucht werden. Von deutscher Seite wird dabei besonders auf die Notwendigkeit einer Klärung des Nationalisierungsbegriffes hingewiesen werden, um den mannigfachen Mißdeutungen entgegenzutreten, denen die Nationalisierung in der Öffentlichkeit ausgesetzt ist. Die Erörterungen der Konferenz werden weiter Gelegenheit geben, auf die enge Verbindung hinzuweisen, die zwischen den Möglichkeiten des technischen Fortschritts und dem Zustand des Weltmarktes besteht. Neben der Aussprache über das Für und Wider der Nationalisierung wird über Aufgaben, Aufbau und Arbeitsverfahren der in verschiedenen Ländern bestehenden Erfahrungsaustauschgruppen verhandelt werden. Schließlich werden die Arbeiten der Wirtschaftsverbände auf dem Gebiete der Betriebsforschung sowie branchenmäßige Betriebsuntersuchungen Gegenstand des Meinungsaustausches zwischen den Sachverständigen aus den verschiedensten Ländern sein.

Sozialversicherung

rd. Vererblichkeit des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung. Das Reichsversicherungsamt hatte sich vor kurzem mit der Frage zu beschäftigen, ob die bis zum Tode des Erwerbslosen entstandenen Unterstützungsansprüche vererblich sind. — Die Vorinstanzen hatten sich dahin ausgesprochen, ein derartiger Anspruch sei gemäß § 111 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes nicht der Pfändung unterworfen, könne infolgedessen nicht abgetreten werden, und es könne gegen ihn auch nicht aufgerechnet werden. Es sei also ein durchaus persönlicher Anspruch, der auch nicht auf die Erben übergehen könne. Das Reichsversicherungsamt dagegen war der Meinung, daß die Vererblichkeit des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung unbedingt anerkannt werden müsse. Wenn auch das Gesetz keine Vorschriften darüber enthalte, in welchem Umfange die auf dem Gesetz beruhenden Leistungsansprüche vererblich sind, so kann aus dem Schweigen des Gesetzes doch nicht entnommen werden, daß die Rechtsnachfolge in Unterstützungsansprüchen ausgeschlossen ist. In demselben Sinne habe ja das Reichsversicherungsamt auch für die übrigen Gebiete der Sozialversicherung erkannt. Insbesondere hat das Reichsversicherungsamt bezüglich der Rentenansprüche nach der Reichsversicherungsordnung entschieden, daß zwar die bloße Anwartschaft auf die Invalidenrente ungewisselhaft ein rein persönliches und deshalb unvererbliches Rechtsverhältnis des Versicherten ist. Aber mit dem Erwerb des Anspruchs ist eine reine Geldforderung entstanden, deren Vererblichkeit unanfechtbar ist. Der Anspruch auf Auszahlung von Rentenansprüchen ist also rein vermögensrechtlich, gehört zu der Erbmasse und geht infolgedessen auf Grund des § 1922 BGB. auf die

Billige Bücher.

Sonderangebot zu herabgesetzten Preisen für unsere Mitglieder.

Bürgerliches Gesetzbuch	geb.	3,25
mit Nebengesetzen	"	5,60
Zivilprozessordnung	"	2,50
mit Nebengesetzen	"	5,40
Reichsversicherungsordnung	"	2,40
Gewerbeordnung	"	2,20
mit Nebengesetzen	"	5,-
Gesetz über Arbeitsvermittlung	"	1,-
Angelegenheitsversicherungsgesetz	"	1,-
Strafgesetzbuch	"	1,20
Hoeningers Arbeitsrecht	"	5,80
Lehrbuch des Arbeitsrechts, Band 1	"	18,-
" " " 2	"	22,-
Betriebsrätegesetz (Flatow)	"	9,-
(Kommentar Feig-Sizler)	"	5,-
Schlichtungsordnung	geb.	9,-
Reichsarbeitsgerichtsrechtsprechung (Nörpel)	"	2,50
Reichsverfassung	"	0,90
Geschichte der politischen Parteien	br.	2,50

vom Verlag Fachblatt der Maler, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10 oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.

Erben über. — Selbstverständlich muß der Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung vor dem Tode des Versicherten entstanden sein. (Reichsversicherungsamt, 13. Februar 1931 — III a. Nr. 443. 30.) (Nachdruck verboten.)

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Angemeldete Patente.

Rl. 22 g. G. 77 438. Verfahren zur Herstellung von Anstrichmitteln. Ludwig Goedeke, Offenbach a. Main, Hermannstraße 27, und Dr. Werner Seringhaus, Frankfurt a. Main, Gutleuthstraße 14.

Rl. 22 h. J. 38 994. Verfahren zur Herstellung durchscheinender Farbanstriche. Imperial Chemical Industries Limited, London.

Rl. 22 h. M. 110 060. Verfahren zur Herstellung von für die Schnellackierertechnik geeigneten Ölen und Lackgrundlagen. Dr. Egon Meier, Halle a. d. Saale-Nietleben, Paul-Heydenreich-Straße 10.

Erteilte Patente.

Rl. 75 c. 529 687. Schabloniervorrichtung. Benno Franke & Co. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 6/7.

Rl. 75 c. 529 609. Spritzpistole zum Auftragen von Flüssigkeiten. Renée Marie-Louise Lemoine, La Buissonnière b. Perriers-sur-Andelle, Frankreich.

Rl. 22 g. 529 494. Grundiermittel. J. G. Farbenindustrie AG, Frankfurt a. Main.

Rl. 75 c. 528 860. Strich-Schabloniervorrichtung für Dekorationsmalerei. Max Mitsche, Leobschütz i. Oberschlesien.

Gebrauchsmuster.

Rl. 75 c. 1 177 894. Durch Hand betätigte Farbaufspritzvorrichtung. Heinrich Mattheus, Börlitz, Krölstraße 18.

Rl. 75 c. 1 177 858. Vorrichtung zum Veranschaulichen von Farbenanfordern. Garry van Biema, Hannover, Körnerstraße 22.

Rl. 75 c. 1 177 630. Halter für Malpinsel und Schreibgeräte. Albert Petrik, Dresden-N., Jagdweg 5.

Rl. 75 c. 1 177 610. Farbspritzapparat. Kurt Kirsten, Leipzig N 22, Stallbaumstraße 18.

Rl. 75 c. 1 177 335. Strahlkopf für Farbspritzapparate. Albert Krausberger, Holzhausen b. Leipzig.

Verchiedenes

Lichtbildgeräte aller Art — Kino — Projektion! Nach längeren, sorgfältigen Vorbereitungen für eine zentrale Beschaffung von Lichtbildgeräten für unsere gewerkschaftlichen Organisationen hat jetzt die rührige und umsichtig geleitete Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H. in Berlin S 14, Inselstraße, ein Verzeichnis von Lichtbildgeräten herausgegeben. Die Auswahl der von ihr angebotenen Geräte ist von den Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit und Brauchbarkeit für die Bildungs- und Werbearbeit in den Organisationen getroffen. Da sich in allen Filialen Kollegen finden, die mit Lichtbildgeräten gut Bescheid wissen, und immer neue dazukommen, machen wir alle Interessenten besonders darauf aufmerksam. Bestellungen sind durch die Filialen oder den Verlag des „Fachblattes der Maler“ der Verlagsgesellschaft des ADGB. zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis über Rechtschreibreform. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker veranstaltete in den Monaten Mai und Juni eine Abstimmung über die Reform der Rechtschreibung. (Siehe Nr. 21 des „Maler“, Seite 132.) An der Abstimmung haben sich zusammen 26 878 Personen beteiligt;

davon 24 423 Buchdrucker. Für die Frage 1: Ich bin für eine Reform der Rechtschreibung unter Beibehaltung der Großbuchstaben nur für Sachanfänge und für geographische sowie Eigennamen, stimmten 14 363; für die Frage 2: Ich bin für eine Reform mit absoluter Kleinschreibung, stimmten 6300; für die Frage 3: Ich bin für die Beibehaltung der jetzt geltenden amtlichen Rechtschreibung, entschieden sich 6215. Von den 24 423 Buchdruckern stimmten 13 102 für 1, 5237 für 2, 6084 für 3. Nach Sparten geordnet ergibt sich folgendes Bild: Es beteiligten sich 14 306 Handsetzer, davon 7215 für 1, 3594 für 2, 3497 für 3; 2464 Maschinensetzer insgesamt, davon 1391 für 1, 284 für 2, 789 für 3; von den 1205 abstimmenden Korrektoren entschieden sich 768 für 1, 142 für 2 und 295 für 3; 6003 Drucker stimmten ab, davon 3460 für 1, 1156 für 2, 1387 für 3; von den Stereotypen beteiligten sich 347 an der Abstimmung, davon 217 für 1, 55 für 2, 75 für 3; von den 96 abstimmenden Schriftsetzern waren 51 für 1, 4 für 2 und 41 für 3. Bemerkenswert ist, daß sich 2455 Personen anderer Berufe, darunter Lehrer, Maler, Graphiker, Holzarbeiter und andere beteiligten.

Literarisches

Aufbau und Verfahren der sozialen Versicherung. Von Friedrich Leeis, Bürgermeister in Wiesbaden. Seit 1. von Worbels Schließbüchern. 4. Auflage (13 bis 16. Kaufend). Verlag Friedrich W. Worbels, Leipzig C 1, Königstraße 26b. Einzelpreis 70 S., bei Partiebefellungen von zehn Stück an Ermäßigungen. Das vorliegende Buch ist gut geeignet, als erste Grundlage für ein eingehendes Studium der sozialen Versicherung zu dienen. Für alle an der Durchführung der öffentlichen Versicherung beteiligten und von dieser betroffenen Personen ist dieses Buchlein auch als Nachschlagewerk unentbehrlich. Möge sich jeder dieses Ratgebers recht fleißig bedienen, zumal der Preis ein so geringer ist, daß sich auch Minderbemittelte eine derartige Ausgabe für diesen Zweck leisten können.

Neue Aufgaben der Bildungsarbeit. In dem soeben erschienenen Jahrbuch der Sozialistischen Bildung" sah I. A. L. ein in einem Nachwort zum Leipziger Parteitag die neuen Aufgaben zusammen, die sich aus den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitages für die sozialistische Bildungsarbeit ergeben. Von der Durchführung der Leipziger Beschlüsse wird erwartet, daß sie der gesamten sozialistischen Bildungsarbeit einen starken Auftrieb geben wird. — In einer Reihe Beiträge wird der Aufgabenkreis der sozialistischen Bildungsarbeit nach einer anderen Seite hin erweitert. Aus der Beilage „Sozialistische Erziehung“ sei vor allem hingewiesen auf den Artikel von S. Schneidenburger: „Wie die proletarischen Jugend ihre Armut erlebt“, der gegenwärtig besonders aktuell ist. Die Beilage „Bücherwarte“ bringt wie immer Besprechungen der wichtigsten Neuerscheinungen der erzählenden und der wissenschaftlichen Literatur. Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 M für ein Vierteljahr durch die Post oder durch den Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 2, zu beziehen. Bindungsnummern kosten 75 S. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Zur Frauenverbundung hat soeben die sozialdemokratische Partei drei kleine Broschüren: „Wer verteuert dir das Leben?“, „Was geht dich der Marxismus an?“, „Die Mutter entscheidet: Krieg oder Frieden?“ — herausgegeben, die gut geeignet sind, bei den noch unaufgeklärten Frauen Verständnis für Sinn und Aufgabe der Sozialdemokratie in weite Kreise zu tragen. Jedes Heftchen kostet 5 S. und ist bei jeder Volkshandlung erhältlich.

Das Juli-Heft der Büchergilde Gutenberg beschäftigt sich mit den Neuerscheinungen des 3. Quartals, unter denen besonders „Die Luft“, ein Frauenroman von Ellen Willmson, und ein neues Buch von Fredrik Worelius, „Friedrichs Afrika“ und „Meine schwarze Legende“, auffallen. Die besprochenen Artikel werden durch zahlreiche Bilder ergänzt. Im übrigen enthält das Heft sehr inhaltsreiche Feuilletons, unter anderem von Hermann Kesser, Georg Schwarz und Hans Domela. Die Monatszeitschrift der Büchergilde, Berlin SW 61, Dreibrundstraße 5, 32 Seiten im Großformat, wird den Mitgliedern dieser Gemeinschaft kostenlos zugewandt.

Der 9. Band des „Großen Bradhaus“, dessen bisher vorliegende Bände unentbehrliche Ratgeber des modernen Malers geworden sind, wird — wie wir erfahren — noch Ende dieses Monats herauskommen. Das Erscheinen wird also in diesem Tempo gefördert, so daß zu erwarten ist, daß noch in diesem Jahre die Hälfte dieses großen, einzigartigen Wertes vorliegt.

Vom 12. Juli bis 18. Juli ist die 29. Beitragswoche. Vom 19. Juli bis 25. Juli ist die 30. Beitragswoche.



Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet anstrichbedürftige Objekte an den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in Berlin!

Schutz vor Wetter und Vandalen! Lack und Farbe überall!

Meldekarten sind beim Filialvorstand zu haben.

Sterbetafel.

Bingen am Rhein. Am 6. Juli 1931 starb infolge eines Anglistalles unser treuer Kollege Jacob Witt im Alter von 88 Jahren. Wir verlieren in ihm einen Kollegen, der stets das Interesse der Organisation nach besten Kräften gewahrt hat.

Hannover. Am 5. Juli starb unser Kollege August Ziefing im Alter von 47 Jahren an Magenkrebs.

Münster. Am 4. Juli starb der Kollege Georg Grimm, geboren 16. November 1879 zu Wunsiedel, an Darmkrebs.

Wiesbaden. Am 25. Juni starb unser langjähriges neues Mitglied Aloys Trodt im Alter von 52 Jahren infolge Hirnschlag.

Chreihrem Andenken!

Verlange sofort gratis und franko den neuen illustrierten Katalog der Münchener Malerzeitung. Verlange sofort eine Probenummer der Münchener Malerzeitung. Verlag Georg Heyder, München NO 2, Liebherrstraße 4.